

1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
Koalition (CDU, CSU, SPD)	Die Regierungsparteien lassen keine klare Linie gegen oder Für E-Zigaretten erkennen. Der Vorstoß aus der Berliner CDU (Liecke) repräsentieren nicht die Gesamtlage in der Union.	
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Auch die Opposition hat in Beobachtungszeitraum ihre Position nicht erkennbar geändert. Linke und Grüne bleiben weiterhin gespalten.	
Bundesrat, Bundesländer	Auch die Länder sind nicht eindeutig positioniert. Forderungen aus der Berliner CDU fanden keinen Wiederhall. Zudem sind die Länder durch andere Issues (z.B. Flüchtlinge) stark anderweitig eingebunden.	
Verwaltung	Die Krankenkassen beziehen noch keine klare Stellung. Zwar sind bei einigen Kassen Tendenzen gegen E-Zigaretten erkennbar, aber nicht vergleichbar mit denen der Tabakkritiker.	
Fachcommunity	Die Forschung zeichnet ein uneinheitliches Bild. Befürworter wie Kritiker finden sich bestätigt. Wichtig ist jedoch, dass sich in GBR öffentliche Gesundheitsinstitutionen pro E-Zigarette aussprechen und damit auch deutschen Stellen/Stakeholdern eine Orientierung bieten könnten.	
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.	 Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral  Negativ  Sehr negativ (Krise)	

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Keine Angaben. Es gibt bislang keine offiziellen Statements über die Befassung des Bundeskabinetts mit E-Zigaretten im Beobachtungszeitraum.

2.2. Bundestag

Keine Angaben. Es gibt bislang keine offiziellen Statements der AG Ernährung und Landwirtschaft über die Befassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit E-Zigaretten im Beobachtungszeitraum.

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Datum: 14.08.2015

Meldung: Falko Liecke (CDU), Stadtrat für Jugend und Gesundheit Berlin-Neukölln, fordert das rasche Verkaufsverbot von E-Zigaretten und E-Shishas an Minderjährige. Liecke reagiert damit auf Berichte über die steigende Beliebtheit von E-Produkten sowie wachsender Verunsicherung der Schulen, auf den Trend zu reagieren. Liecke befürchtet, dass E-Zigaretten den Rückgang des Tabakkonsums bei Minderjährigen abschwächen könnten.

Einordnung/Empfehlung:

Quelle: berlin.de

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Datum: 25.08.2015

Meldung: Das Schweizer Bundesamt für Gesundheit (BAG) beobachtet derzeit eine Abnahme der Wirkung der Bildwarnhinweise auf Zigarettenpackungen. 2014 gaben 38% der Befragten an, dass die Warnungen sie oft oder gelegentlich dazu veranlassten, über die Schädlichkeit des Rauchens nachzudenken. 2012 waren es noch 45%. Die Schweizer Regierung plant derzeit ein Werbe- und Sponsoringverbot. Der parlamentarische Gesetzgebungsprozess wird im Herbst erwartet. Über 50% der Schweizer befürworteten das Vorhaben.

Einordnung/Empfehlung: Die Ergebnisse des BAG können als Argumente genutzt werden, um mögliche Bestrebungen der Verpackungsregulierung bei E-Zigaretten zu begegnen. Sie bestätigen entsprechende Aussagen der Tabakindustrie. Das Schweizer Gesetzesvorhaben bestätigt jedoch deutschen Tabakgegner in ihren Bestrebungen und liefert ein weiteres Regulierungsbeispiel für ihre Stakeholderkommunikation.

Quelle: vaterland.li

2.5. Fachcommunity

EXKURS: POSITION DER KRANKENKASSEN ZU E-ZIGARETTEN

Datum: 2012-2014

Meldung: Die TK gibt sich skeptisch: "Wir stützen unsere Einschätzungen in der Regel auf den aktuellen Stand der Wissenschaft", so Christiane Haun-Anderle, Sprecherin der TK Thüringen. Bisher sei die Eignung zur Tabakentwöhnung nicht belegt. Die TK-Sprecherin verweist auf die BfR-Aussage, E-Zigaretten könnten den Einstieg in das Rauchen fördern. Sie moniert auch die wenigen Angaben der Hersteller über die Inhaltsstoffe/Aerosol. Die TK (NRW) fordert zudem Warnhinweise auf Liquids.

Regina Herdegen, Ansprechpartnerin für Suchtfragen in der Präventionsabteilung des **AOK-Bundesverbandes**, hält die elektrische Zigarette nicht für harmlos. Sie bewertet die Inhaltsstoffe kritisch und sieht in E-Zigaretten eine Einstiegshilfe in den Tabakkonsum. **AOK**-Experte Klaus Zytar schreibt jedoch in einem Beratungsblog: „Obwohl die E-Zigarette also kein ‘eigentliches Aufhörinstrument’ ist, hat Sie in Ihrer bisherigen Geschichte bewiesen, dass es dennoch damit möglich sein könnte.“ Ihm zufolge stehen die E-Zigaretten-Hersteller den Nichtrauchern näher als die Tabakwirtschaft. Sie könnten sogar einen nicht unwesentlichen Anteil an einem weiteren Rückgang des Tabakverbrauchs spielen.

Nach Dr. Wolfgang Reuter, leitender Arzt der **DKV (Ergo)**, können E-Zigaretten allergischen Reaktionen oder Reizungen der Atemwege führen. Bisher gäbe es keine verlässlichen wissenschaftlichen Studien über Gesundheitsbelastungen, Nebenwirkungen oder Langzeitfolgen: „Selbst wenn sie im Vergleich zu Tabakzigaretten weniger schädlich sein mag, so ist ihre Unbedenklichkeit derzeit nicht erwiesen.“

Die **Barmer GEK** bezeichnet die Aussagen der E-Zigaretten-Hersteller als „angebliche Vorteile“ und verweist auf die Gesundheitsgefährdung des Dampfes. Jedoch weist die Kasse darauf hin, dass über gesundheitlichen Langzeitfolgen noch zu wenig bekannt sei. Eine ähnliche Position nimmt die **IKK Nord** ein.

Die **Signal Iduna** konstatiert, keiner der Inhaltsstoffe des Dampfes sei nachweislich krebserregend. Dennoch sei Dampf nicht weniger gefährlich als Tabakrauch – für Konsumenten und Passivraucher.

Einordnung/Empfehlung: Die Krankenkassen nehmen insgesamt eine eher neutrale abwartende Haltung ein. Einige Kassen sind zwar skeptisch bis kritisch; Verbotsforderungen blieben bislang allerdings aus. So erscheinen insbesondere die aufgeschlosseneren Kassen als mögliche Gesprächspartner zur Lagesondierung interessant. Eine Kasse als Befürworter E-Zigarette wäre ein starker Absender. Die Verbände – GKV und PKV - sind in der Diskussion bislang gar nicht in Erscheinung getreten. Dies spricht dafür, dass sich die Branche noch keine Meinung gebildet hat oder bilden will.

Niemand aus der Branche reagierte bislang auf den Vorstoß des PHE (siehe unten), E-Zigaretten für die Tabakentwöhnung einzusetzen. Die Nachricht stellt einen konkreten, geeigneten Gesprächsanlass dar, in der Reihenfolge Sondierung bei den Verbänden, dann Ansprache einzelner skeptisch-positiv eingestellter Kassen. Hier ist mit dem Widerstand der Pharmawirtschaft zu rechnen, die an einer exklusiven Erstattungsfähigkeit von Inhalern, Pflastern und Arzneimitteln interessiert ist.

Quelle: barmer-gek.de , ikk-nord.de , tlz.de , mgepa.nrw.de , aok-bv.de , aok.de , blog.signal-iduna.de , ergo.com

Datum: 19.08.2015 / 17.08.2015

Meldung: Laut einer von der britischen Gesundheitsbehörde Public Health England (PHE) herausgegebenen Studie sind E-Zigaretten zu 95% weniger risikobehaftet als Tabakzigaretten. Die Behörde sieht zudem in E-Zigaretten eine Möglichkeit, Raucher vom Tabakkonsum zu entwöhnen – ebenso das öffentliche Tabakentwöhnungsprogramm Fresh Smoke Free North East. PHE fordert, dass E-Zigaretten auch verschrieben werden können. Zudem sieht es die Behörde für bislang nicht erwiesen an, dass E-Zigaretten bei Jugendlichen den Einstieg in den Tabakkonsum fördern. Jedoch ist PHE über die wachsende Zahl der Briten besorgt, die E-Zigaretten als gefährlicher betrachten als Tabak. Nur 1% der Erwachsenen und Minderjährigen würden zu regelmäßigen E-Zigaretten-Konsumenten werden. Eine gleichzeitig erschienene Untersuchung der tabakkritischen NGO ASH (GB) ergab, dass E-Zigaretten Jugendliche nicht zum Tabakkonsum bringen würden. ASH beobachtet daneben (skeptisch) einen wachsenden Anteil derjenigen, die E-Zigaretten für gänzlich harmlos halten.

Einordnung/Empfehlung: Die Studienergebnisse wie Schlussfolgerungen von PHE stehen im Gegensatz zu den Aussagen des DKFZ. Da die Untersuchung von renommierten Instituten (u.a. Kings College London) ausgearbeitet wurde, bietet sie sich für die Kommunikation mit Stakeholdern an. Zumal verhältnismäßig breit – u.a. in der BILD – über sie berichtet wird. Großbritannien gilt als Vorreiter bei der Tabakbekämpfung und steht weniger im Verdacht, sich für die Belange der großen Tabakunternehmen einzusetzen. Die ASH-Untersuchung bietet zusammen mit der Kritik der griechischen Gesundheitsexperten [Farsalinos](#) ein Gegengewicht zur fast zeitgleich erschienen und weit rezipierten [US-Studie](#), die E-Zigaretten als Starpunkt für Raucherkarrieren identifiziert. So kann bzw. wird sie zumindest interpretiert. Damit kann sie gut für die Argumentation gegenüber der Politik, auch sehr kritisch eingestellten Vertretern aus SPD und B90/Die Grünen genutzt werden.

Mit großer Vorsicht zu genießen ist allerdings die Forderung der PHE nach einer Verschreibungsmöglichkeit. Das wäre das Einfalltor für die „alte“ Argumentation der Pharmaindustrie pro „Verschreibungspflicht“ bzw. Verkauf in Apotheken.

Quelle: euronews.com , bbc.com , gov.uk (Kurzinformation) , gov.uk (Studie) , ash.org.uk

Datum: 19./13.08.2015

Meldung: Tabakregulierungsexperten aus den USA und Kanada empfehlen ein Umdenken in der Tabakbesteuerung. Sie plädieren für höhere Steuern für Tabakprodukte mit hohem Risiko und geringere Abgaben für E-Zigaretten und rauchfreie Tabake. Dadurch sollen Zigarettenraucher zum Wechsel zu weniger risikohaften Produkten bewegt werden. Sie berufen sich auf weitere wissenschaftliche Erkenntnisse, die zwischen nikotinhaltigen Produktgruppen differenzieren.

Einordnung/Empfehlung: E-Zigaretten fallen derzeit unter die Tabaksteuer. Jedoch gibt es Hinweise, auf Überlegungen die Tabaksteuer in eine Nikotinststeuer weiterzuentwickeln. Für diesen Fall stellen die Expertenaussagen Hintergrundinformationen, das Alleinstellungsmerkmal der E-Zigarette (teilweise) zu erhalten und gegen eine Vollbesteuerung zu argumentieren. Das muss unbedingt weiter beobachtet werden, insbesondere im Hinblick auf die Positionierung, ggf. Verhandlungen (Stichwort Besteuerung) im parlamentarischen Prozess.

Quelle: nejm.org (kostenpflichtig) , rodutobaccotruth.blogspot.de

Datum: 13.08.2015

Meldung: Professor Dennis Nowak, der das Institut und die Poliklinik für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin an der Universität München, befürwortet ein Verkaufsverbot von Liquids (auch nikotinfreien). Dies würde den Einstieg in den Tabakkonsum von Jugendlichen erschweren. Zudem bewertet er das Verdampfen/Einatmen des Trägerstoffs Propylenglykol kritisch. Nowak will Rauchern, die auf E-Zigaretten umsteigen wollen, nicht unbedingt davon abraten: Doch allgemein empfehlen könne man das nicht. Es sei Ungewiss ob der Umstieg klappe und Konsumenten auch von E-Produkten abkämen. Nowak ist Co-Autor eines aktuellen kritischen Positionspapiers der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und wurde u.a. von Herstellern von Nikotinersatzpräparaten (Pfizer, GSK) gefördert.

Einordnung/Empfehlung: Nowaks Kritikpunkte enthalten zwar keine neuen Informationen, bestärken jedoch Kritiker. Für sie ist er eine glaubhafte Referenz bei der Kommunikation gegenüber Stakeholdern. Die Pharmawirtschaft (z.B. Pfizer, GSK, J&J) ist seit längerem an der Erstattungsfähigkeit von Entwöhnungsmitteln interessiert. Dafür nutzt sie auch eine Reihe von „neutralen“ Fürsprechern. E-Zigaretten werden als zusätzliche Konkurrenz betrachtet – daher werden sie eher an der strikten Regulierung interessiert sein. Wir empfehlen daher, das Engagement der Pharmafirmen zu beobachten.

Quelle: apotheken-umschau.de , pneumologie.de (Positionspapier)

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 20.08.2015

Meldung: DKFZ und Aktionsbündnis Nichtrauchen haben gegenüber der Interessengemeinschaft E-Dampfen (ig-ed) die Motive zu ihrem Engagement gegen E-Zigaretten dargelegt: Es geht Ihnen um ein Mehr an Jugend-, Verbraucherschutz und dem Schutz von Nichtkonsumenten. Keine der geforderten Regulierungsmaßnahmen verwehre erwachsenen Rauchern, die auf E-Zigaretten umsteigen möchten, diese Produkte. Für Erwachsene stünden sie weiterhin zur Verfügung. Die Organisationen erwarten durch die Umsetzung [ihrer Forderungen](#) eine Qualitätssteigerung zugunsten der E-Zigaretten-Konsumenten.

Einordnung/Empfehlung: Das Argument, die Regulierungsforderungen von DKFZ, ABNR u.a. würden auch den Konsumenten (Qualitätssteigerung) zugutekommen ist neu. Damit versuchen die Kritiker die Konsumenten für sich zu instrumentalisieren. Sollten Kritiker dieses Argument auf gegenüber Stakeholdern verwenden, entsteht der Eindruck, Konsumenten befürworten mehr Regulierungen. Das wiederum schwächt die Position der Hersteller als Interessenvertreter der Branche und Konsumenten.

Andererseits ist das Thema „Qualität“ eines, mit dem sich gut punkten lässt (was wir auch schon machen) und bei dem wir unterstützt von den Maßnahmen der Selbstregulierung, uns gut auf eine Diskussion einlassen können.

Quelle: dgpi.de

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 25.08.2015 / 19.08.2015

Meldung: British American Tobacco (BAT) sieht in der PHE-Studie (siehe 2.5) einen „[...] enorm wichtigen Meilenstein für die E-Zigarettenindustrie und ihre Kunden“, die dadurch eine fundierte Entscheidungsgrundlage besäßen. BAT erhofft sich durch derlei Studien einen Wachstumsschub für die E-Zigaretten-Branche. E-Zigaretten haben laut BAT das Potenzial für einen positiven Beitrag zur öffentlichen Gesundheit. BAT will bis Jahresende eine E-Zigarette der Tochter Voke auf den Markt bringen, die zur Tabakentwöhnung geeignet sein soll und von der britischen Medicines and Healthcare Products Regulatory Agency bewilligt wurde.

Einordnung/Empfehlung: BAT ist das einzige große Tabakunternehmen, welches auf die PHE-Studie reagiert hat und sich damit einen Vorsprung bei der Interpretationshoheit erarbeitet. Durch sein neues Produkt ist BAT im Begriff, sich ein Alleinstellungsmerkmal zu sichern, welches bei Lobby- und Marketingmaßnahmen unterstützen kann.

Quelle: tobaccojournal.com , bat.de

3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
03.09.2015	Hauptstadtforum mit Gesundheitssenator Mario Czaja (Berlin)	Initiative Hauptstadt Berlin	Berlin	ihb.berlin

Monitoringreport Nr. 02 (Kalenderwochen 34 und 35)

08.-11.09.2015	Haushaltswoche Bundestag. Laut TO keine Befassung mit Tabak/E-Zigarette	Bundestag	Berlin	bundestag.de
09./10.09.2015	Laut TO keine Befassung der Bundesratsausschüsse mit Tabak/E-Zigarette in der Ausschusswoche	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
30.09.2015	Herbstfest des AOK Bundesverbands	AOK Bundesverband	Berlin	aok-bv.de
30.09.2015	TourismusDialog zum Drogenkonsum mit der Bundesdrogenbeauftragten Marlene Mortler	TourismusDialog Berlin	Berlin	tourismusdialog.berlin
11.-13.10.2015	World Health Summit	World Health Summit	Berlin	worldhealthsummit.org
11./12.11.2015	36. AG der Obersten Landesgesundheitsbehörden	Gesundheitsministerkonferenz	Kaiserslautern	gmkonline.de
11./12.11.2015	Justizministerkonferenz und Vorkonferenz der StS	Justizministerkonferenz	Berlin	justizministerium-bw.de
16./17.11.2015	26. Sitzung der LAG Verbraucherschutz	Verbrauchermi-nister	Göttingen	verbraucher-schutzminister-konferenz.de
17.11.2015	Vorbereitende Amtschefskonferenz der Wirtschaftsministerkonferenz	Wirtschaftsministerkonferenz	Berlin	wirtschaftsministerkonferenz.de
09./10.2015	Wirtschaftsministerkonferenz	Wirtschaftsministerkonferenz	o.A.	wirtschaftsministerkonferenz.de
20.-22.04.2015	Verbrauchermi-nisterkonferenz	Verbrauchermi-nisterkonferenz	Düsseldorf	verbraucher-schutzminister-konferenz.de

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.